

Betreff: Todesstrafe für Peyman Farahavar
Datum: Tue, 5 May 2026 21:14:47 +0000
Von: REFERAT MITTLERER OSTEN <mittelostreferat@zentrale.auswaertiges-
amt.de>
An: DLVerein@web.de <DLVerein@web.de>
Kopie (CC):REFERAT MITTLERER OSTEN <mittelostreferat@zentrale.auswaertiges-
amt.de>
Sehr geehrter Herr Dr. Mayr,

für Ihr Schreiben an den Menschenrechtsbeauftragten Herrn Dr. Castellucci vom 29. April 2026 danke ich Ihnen. Er hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Die Bundesregierung hat die Repression in Iran, die in einigen Fällen bis hin zu Hinrichtungen reicht, wiederholt scharf verurteilt. In bilateralen Gesprächen und in internationalen Foren macht die Bundesregierung gegenüber Iran außerdem immer wieder deutlich, dass sie die teils willkürliche und häufig überharte Verhängung von Strafen - bis hin zur unmenschlichen Todesstrafe - unter allen Umständen ablehnt.

Der Menschenrechtsbeauftragte hatte die Hinrichtungen zuletzt am [02.04.2026](#) in einem X Post kritisiert:

[Lars Castellucci on X: "Die Hinrichtungswelle in Iran ist entsetzlich und nicht hinnehmbar. Ich verurteile dieses brutale Vorgehen aufs Schärfste. Wir fordern Teheran auf, die Todesstrafe sofort auszusetzen und endlich die Menschenrechte zu achten. 1/2" / X](#)

Die Bundesregierung ist entsetzt über das brutale Vorgehen gegen Oppositionelle und Angehörige von Minderheiten. Die Prüfung von Einzelfällen ist aufgrund der großen Zahl von Fällen sowie vom iranischen Regime bewusst intransparent gehaltenen Verfahren und restriktiven Kommunikation offizieller Stellen für uns vor Ort schwierig und häufig gar nicht möglich. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, die für die Repression in Iran Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Seit den Frau-Leben-Freiheit-Protesten haben wir gemeinsam mit unseren EU-Partnern zahlreiche Verantwortliche für die schweren Menschenrechtsverletzungen in Iran mit EU-Sanktionen belegt und uns in einer von Deutschland initiierten Sondersitzung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen erfolgreich für einen unabhängigen Mechanismus zur Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen in Iran eingesetzt.

Die Bundesregierung wird sich auch weiterhin mit unseren europäischen Partnern, als auch im Rahmen der Vereinten Nationen mit Nachdruck für eine Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen sowie für die Einhaltung humanitärer Prinzipien in Iran einsetzen.

Zu dem von Ihnen konkret angefragten Fall: Aufgrund der Internetblockade ist derzeit leider unklar, wie es um Herrn Peyman Farahavar steht.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Christian Resch

Referatsleiter 311 – Mittlerer Osten
Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin